

## 1462 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

# Bericht

## des Ausschusses für soziale Verwaltung

**über den Antrag der Abgeordneten Hesoun, Dr. Feurstein und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979 und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden (442/A)**

Die Abgeordneten Hesoun, Dr. Feurstein und Genossen haben am 28. Juni 1990 den gegenständlichen Antrag im Nationalrat eingebracht und im allgemeinen Teil der Erläuterungen wie folgt begründet:

„Die Regelung der Zulassung von ausländischen Arbeitskräften zum inländischen Arbeitsmarkt stellt ein wegen ihrer vielfältigen Auswirkungen auf die verschiedensten Bereiche und ihres Einflusses auf sehr unterschiedliche Interessen ein äußerst komplexes Problem dar. Vor allem muß eine solche Regelung einen Ausgleich zwischen den Schutzbedürfnissen der inländischen Arbeitnehmer, dem Bedürfnis der Wirtschaft nach Versorgung mit den benötigten Mitarbeitern und nicht zuletzt der unter sozialen und humanitären Gesichtspunkten besonders wichtigen Vorsorge für die materielle und sozialpolitische Absicherung der Ausländer zu erreichen suchen.

Für Österreich wurde eine solche Regelung im Jahre 1975 mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218, geschaffen. Sie ging vom sogenannten Rotationsprinzip aus, wonach mit ausländischen Arbeitskräften nur ein kurzfristiger Arbeitskräftebedarf abgedeckt werden sollte und wonach auch von seiten der Ausländer kein Wunsch nach einem längerfristigen Aufenthalt in Österreich zu erwarten war.

Tatsächlich ist die Entwicklung anders verlaufen. Es zeigte sich, daß ausländische Arbeitnehmer nicht nur an einer langfristigen Beschäftigungsmöglichkeit in Österreich interessiert waren, sondern auch durch den Nachzug von Familienangehörigen den Mittelpunkt ihrer Lebensorientierung schließlich für

unbestimmte Zeit in das Bundesgebiet verlagerten. Verstärkt wurde diese Tendenz durch den Konjunkturreinbruch 1974/75 und die darauffolgende vorsichtige Bewilligungspraxis in der zweiten Hälfte der 70er und in den frühen 80er Jahren, die schließlich zu einer Verringerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von 227 000 im Jahre 1973 auf rund 139 000 im Jahre 1984 führte. Da insbesondere der Neuzugang eingeschränkt wurde, mußten die Vorstellungen von einem bloß vorübergehenden Aufenthalt der ausländischen Arbeitsbevölkerung, wie sie dem Rotationsprinzip entspricht, als überholt aufgegeben werden. Die auf Grund der geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse notwendige genaue Prüfung der Voraussetzungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes; vor allem hinsichtlich der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, hatte ein aufwendiges Verfahren bei jedem einzelnen Antrag auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung zur Folge. Die damit verbundene lange Verfahrensdauer beeinträchtigte nicht zuletzt das Bedürfnis der Wirtschaft, einen allfälligen Arbeitskräftebedarf auch relativ kurzfristig abdecken zu können.

Daneben wurden die im Ausländerbeschäftigungsgesetz vorgesehenen Kontroll- u. Sanktionsmechanismen zunehmend ihrer Wirksamkeit beraubt. Während einerseits die Ausländerbeschäftigungspolitik durch eine relativ restriktive Bewilligungspraxis für Neuzugänge zum österreichischen Arbeitsmarkt Verschlechterungen der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durch billige ausländische Arbeitskräfte zu verhindern versuchte, praktizierte Österreich andererseits eine Politik offener Grenzen, die unter den geänderten Voraussetzungen in Osteuropa zu einem leichten Zugang von als Touristen eingereisten Ausländern auf den österreichischen Arbeitsmarkt führte. Dieses Nebeneinander führte zwangsläufig dazu, daß sich neben der bewilligten Arbeit von Ausländern während der Hochkonjunktur ein schwarzer Arbeitsmarkt ausbreitete, dem mit den vorhandenen Instrumenten kaum beizukommen war.

Die geänderten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse führten 1988 zu einer ersten Anpassung an die geänderte Problemlage. Im Vordergrund der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 231/1988, stand die Hinwendung zum Integrationsprinzip, wobei insbesondere Erleichterungen zur Eingliederung von bestimmten Angehörigen der zweiten Generation in den Arbeitsmarkt sowie zur Ausstellung eines Befreiungsscheines für langjährig in Österreich tätige Ausländer geschaffen wurden. Daneben wurden die Möglichkeiten zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung verstärkt.

Die Entwicklung seit Inkrafttreten der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz im Jahr 1988 machen eine neuerliche Anpassung der rechtlichen Grundlagen für die Ausländerbeschäftigungspolitik notwendig. Mit dem nunmehrigen Entwurf zu einer Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz soll die Ausländerbeschäftigung in Österreich grundsätzlich neu gestaltet werden.

Der Entwurf umfaßt im wesentlichen folgende Bereiche:

1. Schaffung spezifischer Voraussetzungen zur schrittweisen Integration ausländischer Arbeitskräfte, die die Absicht haben, längerfristig in Österreich zu bleiben (Beschäftigungsbewilligung — Arbeitserlaubnis — Befreiungsschein).
2. Sicherstellung der Kontrolle des Arbeitsmarktes sowie der Akzeptanz der Ausländerbeschäftigung durch die Bevölkerung durch Festsetzung grundsätzlich unüberschreitbarer Höchstzahlen in Österreich beschäftigter Ausländer.
3. Beschleunigung des Verfahrens durch knappe Fristen und der Erteilung einer vorläufigen Berechtigung zur Beschäftigungsaufnahme bei Fristüberschreitung.
4. Ausbau des Kontrollsystems zur wirksamen Verfolgung der illegalen Ausländerbeschäftigung.
5. Sanierung potentieller illegaler Beschäftigungsverhältnisse durch Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung ohne Prüfung der Arbeitsmarktlage für Ausländer mit gültiger Aufenthaltsberechtigung bis zu einem bestimmten Stichtag für die Antragseinbringung.

Dieser Neukonzeption der Ausländerbeschäftigung sollen insbesondere folgende Regelungen dienen:

#### 1. Integration:

Der Neuorientierung am Integrationsprinzip entspricht ein System unterschiedlicher Integrationsabstufungen. Während für den Neuzugang von Ausländern am österreichischen Arbeitsmarkt grundsätzlich eine für einen konkreten Arbeitsplatz zu erteilende Beschäftigungsbewilligung notwendig

ist, soll mit der erstmals eingerichteten Arbeitserlaubnis die Autonomie und Flexibilität des Ausländers am Arbeitsmarkt erhöht werden.

Die Erfahrungen mit der strengen Bindung des Ausländers an den jeweiligen Arbeitsplatz und somit an einen bestimmten Arbeitgeber haben gezeigt, daß Ausländer auch unter schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses gezwungen sind. Im Sinne der Zielsetzung, die Bedingungen zur Integration von Ausländern, welche bereits länger in Österreich gearbeitet haben, aber noch keinen Anspruch auf den Befreiungsschein haben, zu verbessern, wird daher als neues Instrument der Zulassung auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitserlaubnis geschaffen. In Hinkunft soll jenen Ausländern, die in den letzten 14 Monaten insgesamt 52 Wochen beschäftigt waren, ein Anspruch auf Arbeitserlaubnis eröffnet werden. Die Arbeitserlaubnis soll dem Ausländer ermöglichen, eine Beschäftigung aufzunehmen, ohne daß vorher ein förmliches arbeitsplatzbezogenes Verfahren beim Arbeitsamt abgewickelt werden muß. Damit soll einerseits den Ausländern bei der Arbeitsuche bzw. Arbeitsaufnahme geholfen werden, andererseits soll auch Betrieben die Anstellung von Ausländern ohne großen bürokratischen Aufwand ermöglicht werden. Der Arbeitgeber soll jedoch weiterhin verpflichtet sein, die wesentlichen Daten der Beschäftigung dem Arbeitsamt anzuzeigen, damit das Arbeitsamt die Einhaltung der gesetzlichen Mindestanforderungen überprüfen kann. Werden die normierten Voraussetzungen nicht erfüllt, so hat das Arbeitsamt die konkrete Beschäftigung zu untersagen.

Die Arbeitserlaubnis ist auf höchstens zwei Jahre befristet und wird grundsätzlich für den Bereich jenes Landesamtes ausgestellt, für welchen die letzte Beschäftigungsbewilligung erteilt wurde. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales soll die Möglichkeit haben, sofern die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes oder die Sicherung der gegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen dies erfordern, durch Verordnung vorzusehen, daß für bestimmte fachliche Bereiche keine Arbeitserlaubnisse neu auszustellen sind.

Die Erfahrungen mit der Novelle aus dem Jahr 1988 haben gezeigt, daß der Weg, Erleichterungen bei der Erlangung des Befreiungsscheines für bereits lange in Österreich tätige Ausländer zu schaffen, grundsätzlich richtig war. Dieser Weg soll daher fortgesetzt und in einem weiteren Schritt der Zugang zum Befreiungsschein neuerlich erleichtert werden. Gleichzeitig soll auch eine Erleichterung im Verfahren auf Ausstellung eines Befreiungsscheines Platz greifen, weil sich mittlerweile gezeigt hat, daß der Nachweis der ununterbrochenen Beschäftigung und das aufwendige System von Ersatzzeitenregelungen immer mehr administrative Probleme mit sich bringt.

Aus den gewonnenen Erfahrungen ergeben sich daher für den Befreiungsschein die nachstehenden Schwerpunkte, auf denen die Neuregelung basiert.

- Innerhalb einer Rahmenfrist von acht Jahren müssen fünf Jahre Beschäftigungszeiten in Österreich liegen; dadurch kann das aufwendige System der Ersatzzeiten im bisherigen § 15 Abs. 2 entfallen. Es kann auch auf die bisher vorgesehene Differenzierung hinsichtlich der Dauer der Ersatzzeiten für Ausländerinnen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt ohne Schlechterstellung der ausländischen Mütter verzichtet werden. Durch die Neuregelung wird es möglich sein, innerhalb von acht Jahren drei volle Karenzurlaube nach dem Mutterschutzgesetz außerhalb eines Dienstverhältnisses ohne Verlust der Anwartschaft auf den Befreiungsschein in Anspruch zu nehmen; nach der geltenden Regelung ist dies nur zweimal möglich. Festzuhalten ist, daß Karenzurlaube nach dem Mutterschutzgesetz innerhalb eines Dienstverhältnisses auch nach der Neuregelung als Beschäftigungszeiten gelten, dh. voll auf die fünf Jahre Beschäftigungszeiten anzurechnen sind.
- Beim Befreiungsschein für die zweite Generation soll es in Hinkunft nicht mehr erforderlich sein, daß sich wenigstens ein Elternteil zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits fünf Jahre im Bundesgebiet aufhält. Es wird genügen, wenn sich ein Elternteil vor diesem Zeitpunkt fünf Jahre in Österreich aufgehalten hat.
- Der Befreiungsschein soll in Hinkunft auf die Dauer von fünf Jahren ausgestellt werden.
- Für die Verlängerung des auf Grund langer Beschäftigungszeiten erworbenen Befreiungsscheines soll ebenfalls das System der Ersatzzeiten aufgegeben werden; eine Verlängerung wird dann zu erfolgen haben, wenn während der letzten fünf Jahre mindestens zweieinhalb Jahre Beschäftigungszeiten nachgewiesen werden können.

Weiters soll die bereits bisher in der Verwaltungspraxis weitgehend berücksichtigte Vorgangsweise, bei der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen bestimmten Personengruppen, je nach Integrationsgrad Vorzug vor anderen zu geben, nunmehr auch eine gesetzliche Grundlage erhalten.

## 2. Höchstzahlenmodell:

Sowohl die vorgesehenen Maßnahmen zur erleichterten Integration ausländischer Arbeitskräfte als auch die Straffung des Verfahrens zur Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung sind letztlich nur vertretbar, wenn gleichzeitig Mechanismen entwickelt werden, die die Kontrolle des Arbeitsmarktes sicherstellen. Es ist deshalb vorgesehen, die Beschäftigung von Ausländern vorerst für die nächsten Kalenderjahre mit 10% am gesamten

Arbeitskräftepotential zu beschränken. Weiters soll der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Zusammenwirken mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder auf Antrag eines Bundeslandes Landeshöchstzahlen auf Grund arbeitsmarktpolitischer Faktoren unter Berücksichtigung von konjunkturellen, strukturpolitischen und allenfalls auch bevölkerungspolitischen Gegebenheiten für die einzelnen Bundesländer festsetzen können.

Internationale Erfahrungen mit der Ausländerbeschäftigung haben gezeigt, daß bei einem Ausländeranteil von über 10% an der Beschäftigtenzahl die Nachteile der Ausländerbeschäftigung die Vorteile zu überwiegen beginnen. Neben den bekannten ökonomischen Nachteilen, insbesondere hinsichtlich unterbleibender produktionssteigernder Investitionen und notwendiger Strukturereinigungen sowie des fehlenden Zwanges, das inländische Arbeitskräftepotential auszuschöpfen, ist auf Grund fehlender infrastruktureller Ausstattung — Wohnungen, Schulen, Spitäler — bei einer noch stärkeren Ausweitung der Ausländerbeschäftigung zu befürchten, daß vorhandene Vorurteile gegenüber Fremden verstärkt und ausländerfeindliche Tendenzen begünstigt werden.

## 3. Verfahrenserleichterungen:

Durch die Einführung einer Arbeiterlaubnis zwischen Beschäftigungsbewilligung und Befreiungsschein soll eine wesentliche Verfahrensvereinfachung erreicht werden, da die für die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung notwendigen Erhebungen, insbesondere hinsichtlich Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, entfallen können. Der Arbeitgeber soll nur mehr zur Meldung der Beschäftigung eines Inhabers einer Arbeiterlaubnis sowie der gebotenen Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichtet werden.

Vor allem sollen neugestaltete verfahrensrechtliche Regelungen dem Bedürfnis nach einer wesentlichen Beschleunigung des Ausländerbeschäftigungsverfahrens sowie der notwendigen Entlastung der Arbeitsmarktverwaltung dienen. Wird zukünftig über einen Antrag auf Sicherungsbescheinigung oder Beschäftigungsbewilligung vom zuständigen Arbeitsamt nicht innerhalb von vier Wochen oder vom zuständigen Landesarbeitsamt innerhalb von acht Wochen entschieden und sind die Verzögerungen im Verfahren nicht auf den Arbeitgeber zurückzuführen, so kann er den Ausländerbeschäftigen.

## 4. Kontroll- und Strafbestimmungen:

Das mit dem vorliegenden Novellierungsentwurf in Aussicht genommene System einer Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer nach verschiedenen Integrationsabstufungen (Beschäftigungsbewilli-

gung, Arbeitserlaubnis, Befreiungsschein) in Verbindung mit der quantitativen Globalsteuerung je nach Konjunktur- und Beschäftigungslage durch Bundes- und Landeshöchstzahlen bedarf zur Gewährleistung seiner vollen Funktion der Absicherung gegen Umgehungen, die seine Wirksamkeit beeinträchtigen oder gar außer Kraft setzen.

Derartige Gefährdungen liegen in der illegalen Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften mit weitreichenden Folgen für die betroffenen Arbeitskräfte wie für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft.

Auf der wirtschaftlichen Gesamtebene ist es vor allem der Entfall von Steuern, Abgaben und Beiträgen zu den Systemen der sozialen Sicherheit, die die sogenannte Schwarzarbeit begleiten. Mit der Umgehung der Abgaben- und Beitragsleistung ist nicht nur ein Einnahmenentfall in den Haushalten des Bundes und der Körperschaften verbunden, sondern die dadurch bewirkte Reduzierung von Nebenkosten bedeutet eine wesentliche Verzerrung der Wettbewerbschancen, da alle jene Produzenten von Gütern und Dienstleistungen, die ihre Angebotskalkulation unter Zugrundelegung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung festlegen, systematisch gegenüber Mitkonkurrenten benachteiligt sind. Die negativen Auswirkungen auf Grund entgangener Einnahmen sind weitreichend und beziehen sich nicht nur auf die Fiskalgebarung. Durch die illegale Ausländerbeschäftigung werden nämlich vor allem auch der Sozial- und Arbeitslosenversicherung jene Beiträge vorenthalten, die zur Finanzierung der sozialen und materiellen Absicherung im Falle der Einkommens- und Arbeitslosigkeit aufgewendet werden müssen. In diesem Zusammenhang finanzieren alle jene Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ihre Beiträge leisten, auch die Folgekosten, die entstehen, wenn illegal beschäftigte Arbeitskräfte auf Sozialhilfe, Versorgung im Fall der Krankheit oder des Unfalls oder auch Existenzsicherung wegen fehlender Beschäftigungsgelegenheiten angewiesen sind.

Die Konsequenzen der Schwarzarbeit sind nämlich nicht nur auf allgemeiner Ebene, sondern auch im Falle jedes einzelnen Betroffenen weitreichend. Nicht nur fehlen die Beiträge zur Finanzierung des jeweiligen Versicherungs- und Versorgungsbereichs; illegal beschäftigte Ausländer sind im Falle der Krankheit, des Unfalls, der Arbeitslosigkeit ohne Anspruch auf materielle Versorgung und individuelle Betreuung; sie werden zum Fürsorgefall, abhängig von der karitativen Pflegeleistung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen. Diese Form sozialpolitischer Gestaltung entspricht jedoch Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts, und gehört nicht zur international akzeptierten Ausrichtung eines modernen Wohlfahrtsstaats an der Wende zum 21. Jahrhundert. Darüber hinaus bedeutet die Abhängigkeit von freiwilliger Fürsorge auch eine Minderung späterer Integrationschancen, indem

verhindert wird, darzustellen, in welchem hohem Ausmaß ausländische Arbeitskräfte zur Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft und damit zur Finanzierung des Systems der sozialen Sicherheit beitragen können. Allein im Bereich der Arbeitslosenversicherung haben ausländische Arbeitnehmer unter Anrechnung der an sie ausbezahlten Transfers per Saldo mehr als zwei Milliarden Schilling in den letzten Jahren als Beiträge geleistet.

Der Novellenentwurf zum Ausländerbeschäftigungsgesetz zieht mit der Bereitstellung eines umfassenden Instrumentariums zur Bekämpfung der Schwarzarbeit insofern Konsequenzen, als nicht nur auf die illegale Beschäftigung eines einzelnen Arbeitnehmers, sondern vor allem auch verstärkt auf die Ebene der Unternehmen selbst gezielt wird.

#### 5. Sanierungsmaßnahmen:

Im Zuge der jüngsten konjunkturellen Entwicklung wurde eine nicht näher quantifizierbare Zahl von ausländischen Arbeitskräften (realistische Schätzungen gehen von 30 000 Personen aus) illegal beschäftigt, die mit den angeführten fehlenden materiellen und sozialen Absicherungen konfrontiert sind, und darüber hinaus bisher keine Möglichkeit hatten, entsprechend den verschiedenen Integrationsstufen in die österreichische Berufs- und Arbeitswelt eingebunden zu werden. Für diesen besonderen Personenkreis ausländischer Arbeitnehmer wäre daher eine besondere Vorkehrung zu treffen, um ihnen die erste Integrationsstufe, die legale Beschäftigung mittels Ausstellen einer Beschäftigungsbewilligung zu ermöglichen, dabei gleichzeitig aber auch dem Arbeitskräftebedarf der jeweiligen Beschäftiger Rechnung zu tragen.

Es soll jenen Ausländern, welche sich seit dem Stichtag 1. April 1990 rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten und ordnungsgemäß polizeilich gemeldet sind, die Möglichkeit gegeben werden, bis zu einem bestimmten Antragsstichtag in einem erleichterten Verfahren eine Beschäftigungsbewilligung zu erhalten.

#### Verfassungsrechtliche Grundlage

Die Kompetenz des Bundes zur Gesetzgebung und Vollziehung der Regelung der Ausländerbeschäftigung fußt auf Art. 10 Abs. 1 Z 11 B-VG und hinsichtlich der Vollziehung in unmittelbarer Bundesverwaltung auf dem im Art. 102 Abs. 2 angeführten Tatbestand „Arbeitsrecht“.

#### Vereinbarkeit mit EG-Recht

Gemäß Art. 48 Abs. 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag) haben die Mitgliedstaaten die Freizügigkeit für die Staatsangehörigen der Mit-

gliedstaaten auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Die Vereinbarkeit des vorliegenden Entwurfes mit dem EG-Recht ist insofern gegeben, als dieses den einzelnen Mitgliedstaaten die Regelung gegenüber Angehörigen von Drittstaaten freistellt. Für den Fall des Beitritts zu den EG wären EG-Bürger vom Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgenommen.

#### Personal- und Kostenaufwand

Den Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung entsteht durch den Ausbau der Kontrolle der illegalen Ausländerbeschäftigung und durch die amtswegige Vermittlung vorgemerkter ausländischer Arbeitskräfte ein zusätzlicher Personalaufwand. Dafür wird im Dienstpostenplan 1991 Vorsorge zu treffen sein.“

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den gegenständlichen Antrag in seiner Sitzung am 3. Juli 1990 in Verhandlung genommen. In der Debatte, an der sich die Abgeordneten Srb, Köteles, Dr. Feurstein, Mag. Guggenberger sowie der Bundesminister für Arbeit und Soziales Dr. Geppert beteiligten, wurde von den Abgeordneten Hesoun und Dr. Feurstein ein Abänderungsantrag betreffend Einfügung eines neuen Artikels IV gestellt, der eine Novellierung des Landarbeitsgesetzes vorsieht. In diesem Antrag wurde auch eine entsprechende Änderung des Gesetzstitels sowie die Umbenennung des bisherigen Artikels IV auf Artikel V vorgeschlagen. Weiters wurde von den Abgeordneten Hesoun und Dr. Feurstein ein Abänderungsantrag zu

Artikel II gestellt, wodurch die Worte „geltenden oder vertraglichen Bestimmungen“ durch die Worte „geltenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen“ ersetzt werden.

Vom Abgeordneten Srb wurde ein Abänderungsantrag betreffend Art. I Z 5, Z 7, Z 10, Z 10 a, Z 11, Z 22, Z 23, Z 24, Z 25, Z 26 und Z 27 gestellt.

Bei der Abstimmung wurde der im Antrag 442/A vorgelegte Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der beiden oben erwähnten Abänderungsanträge der Abgeordneten Hesoun und Dr. Feurstein mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Srb fand keine Mehrheit.

Weiters wurde vom Ausschuß für soziale Verwaltung mit Stimmenmehrheit folgende Feststellung getroffen: „Der Ausschuß geht davon aus, daß im Falle einer Vereinbarung über die Freizügigkeit von Arbeitskräften im EWR-Abkommen Staatsangehörige der EWR-Länder nicht auf die Höchstzahlen nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz angerechnet werden.“

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale Verwaltung somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1990 07 03

**Renner**

Berichterstatter

**Hesoun**

Obmann

/

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXXXX  
1990, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz,  
das Mutterschutzgesetz 1979, das Eltern-  
Karenzurlaubsgesetz und das Landarbeitsge-  
setz 1984 geändert werden**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I**

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 253/1989, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 2 wird der Punkt am Ende der lit. g durch einen Strichpunkt ersetzt. Folgende lit. h, i, j und k werden angefügt:

- „h) Ausländer, für die das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Südtirolern mit österreichischen Staatsbürgern auf bestimmten Verwaltungsgebieten, BGBl. Nr. 57/1979, gilt, hinsichtlich ihrer Tätigkeit als Außerordentliche Universitätsprofessoren, Universitäts- und Hochschulassistenten;
- i) Ausländer hinsichtlich ihrer Tätigkeit als Honorarprofessoren, Gastprofessoren, Lektoren, Instruktoren, Lehrbeauftragte oder Vertragsassistenten an österreichischen Universitäten, an der Akademie der bildenden Künste oder an Kunsthochschulen;
- j) Ausländer hinsichtlich ihrer Tätigkeit im Rahmen von Aus- und Weiterbildungs- oder Forschungsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften;
- k) Ausländer italienischer Staatsangehörigkeit, die in der Region Trentino-Südtirol das aktive Wahlrecht zu sämtlichen politischen Vertretungskörpern besitzen oder bei Erreichung des gesetzlichen Mindestalters besitzen würden, bei Aufnahme einer Beschäftigung in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg unter der Voraussetzung, daß Gegenseitigkeit besteht.“

2. Im § 2 werden das Wort „oder“ am Ende der lit. c durch einen Beistrich und der Punkt am Ende der lit. d durch das Wort „oder“ ersetzt und folgende lit. e angefügt:

„e) überlassener Arbeitskräfte im Sinne des § 3 Abs. 4 des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes, BGBl. Nr. 196/1988.“

3. Im § 2 Abs. 3 entfällt das Wort „und“ am Ende der lit. a; der Punkt am Ende der lit. b wird durch einen Beistrich und durch das Wort „und“ ersetzt und folgende lit. c angefügt:

„c) in den Fällen des Abs. 2 lit. e auch der Beschäftiger im Sinne des § 3 Abs. 3 des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes.“

4. § 3 Abs. 1 und 2 lauten:

„(1) Ein Arbeitgeber darf, soweit in diesem Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, einen Ausländer nur beschäftigen, wenn ihm für diesen eine Beschäftigungsbewilligung erteilt wurde oder wenn der Ausländer eine für diese Beschäftigung gültige Arbeitserlaubnis oder einen Befreiungsschein besitzt.

(2) Ein Ausländer darf, soweit in diesem Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, eine Beschäftigung nur antreten und ausüben, wenn für ihn eine Beschäftigungsbewilligung erteilt wurde oder wenn er eine für diese Beschäftigung gültige Arbeitserlaubnis oder einen Befreiungsschein besitzt.“

5. Dem § 3 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Die Beschäftigungsbewilligung ist vom Arbeitgeber im Betrieb, eine Ausfertigung der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeitserlaubnis oder des Befreiungsscheines vom Ausländer an der jeweiligen Arbeitsstelle zur Einsichtnahme bereitzuhalten.“

6. § 4 Abs. 3 Z 2 und 3 lautet:

„2. das inländische ärztliche Zeugnis oder ein gleichzuhaltendes ärztliches Zeugnis ausländischer Stellen vorliegt, sofern dies gemäß § 5 Abs. 1 vorgesehen ist;

3. das Zeugnis über eine ergänzende ärztliche Untersuchung vorliegt, sofern dies gemäß § 5 Abs. 2 vorgesehen ist;“

7. Im § 4 Abs. 3 Z 5 und 14 wird vor dem bisherigen Text die Wendung „bei erstmaliger Beschäftigung des Ausländers im Bundesgebiet, sofern es sich nicht um einen Grenzgänger mit Wohnsitz im benachbarten Ausland handelt,“ eingefügt.

8. § 4 Abs. 3 Z 8 lautet:

„8. bei grenzüberschreitend überlassenen Arbeitskräften die Bewilligung zur grenzüberschreitenden Überlassung gemäß § 16 Abs. 4 des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes vorliegt;“

9. § 4 Abs. 5 bis 8 lautet:

„(5) Soweit Kontingente (§ 12) festgesetzt sind, entfallen die Prüfung der Voraussetzungen nach Abs. 1 und die Anhörung der kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gemäß § 20 Abs. 2. Soweit Landeshöchstzahlen (§§ 13 und 13 a) festgesetzt sind, entfällt bis zum Erreichen von 80 vH der Landeshöchstzahl unter Anrechnung der geltenden Befreiungsscheine, Arbeitserlaubnisse, Beschäftigungsbewilligungen und Sicherungsbescheinigungen die Prüfung der Voraussetzungen nach Abs. 1.

(6) Über bestehende Kontingente (§ 12) hinaus sowie nach Überschreitung der Landeshöchstzahlen (§§ 13 und 13 a) dürfen Beschäftigungsbewilligungen nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen der Abs. 1 und 3 vorliegen und

1. a) bei Kontingentüberziehung der Vermittlungsausschuß gemäß § 44 a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in der jeweils geltenden Fassung, und
- b) bei Überschreitung der Landeshöchstzahl der Verwaltungsausschuß (§ 23) einhellig die Erteilung der Beschäftigungsbewilligung befürwortet, oder
2. die Beschäftigung des Ausländers aus besonders wichtigen Gründen, insbesondere
  - a) als Schlüsselkraft zur Erhaltung von Arbeitsplätzen inländischer Arbeitnehmer, oder
  - b) in Betrieben, die in strukturell gefährdeten Gebieten neu gegründet wurden, oder
  - c) als dringender Ersatz für die Besetzung eines durch Ausscheiden eines Ausländers freigewordenen Arbeitsplatzes, oder
  - d) im Bereich der Gesundheits- oder Wohlfahrtspflege erfolgen soll, oder
3. öffentliche oder gesamtwirtschaftliche Interessen die Beschäftigung des Ausländers erfordern, oder
4. die Voraussetzungen des § 18 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 4 gegeben sind.

(7) Beschäftigungsbewilligungen dürfen, soweit eine Höchstzahl für das gesamte Bundesgebiet festgesetzt ist, nur unter der zusätzlichen Voraussetzung erteilt werden, daß diese Höchstzahl nicht überschritten wird.

(8) Über Höchstzahlen gemäß § 13 hinaus kann der Bundesminister für Arbeit und Soziales bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände in Einzelfällen Beschäftigungsbewilligungen erteilen. Sonst dürfen über die Höchstzahlen gemäß § 13 hinaus Beschäftigungsbewilligungen nur erteilt werden, wenn der Bundesminister für Arbeit und Soziales dies durch Verordnung für einzelne Berufsgruppen oder Berufsarten oder für den Fall außergewöhnlicher Verhältnisse auf lokalen Arbeitsmärkten festlegt.“

- 9 a. § 4 wird als Abs. 9 angefügt:

„(9) Bei Vorliegen einer Bewilligung zur grenzüberschreitenden Überlassung gemäß § 16 Abs. 4 des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes entfallen die Prüfung der Voraussetzungen nach Abs. 1 und 6 und die Anhörung der kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, des Vermittlungsausschusses oder des Verwaltungsausschusses gemäß § 20 Abs. 2.“

10. Nach § 4 a wird folgender § 4 b samt Überschrift eingefügt:

#### „Prüfung der Arbeitsmarktlage

§ 4b. Die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes im Sinne des § 4 Abs. 1 läßt die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung nur zu, wenn für den zu besetzenden Arbeitsplatz keine Arbeitskräfte in folgender Reihenfolge vermittelt werden können:

1. a) Inländer,
- b) Flüchtlinge gemäß § 1 Abs. 2 lit. a und Befreiungsscheininhaber (gleichgestellte Ausländer),
2. Ausländer, die
  - a) einen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung ausschließlich durch Beschäftigungsverhältnisse im Inland erworben und im Falle eines Fortbezuges den Leistungsbezug nicht länger als drei Jahre unterbrochen haben oder
  - b) nach mehrjähriger Beschäftigung im Inland einen derartigen Leistungsanspruch erschöpft haben (begünstigte Ausländer),
3. a) Ausländer, bei denen berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, wie längerer rechtmäßiger Aufenthalt naher Familienangehöriger (Ehegatten und minderjähriger Kinder) von Inländern, von gleichgestellten oder von begünstigten Ausländern,
- b) Asylwerber, die im Besitz einer Bescheinigung über die vorläufige Aufenthaltsberechtigung gemäß § 5 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Aufenthaltsberechtigung

von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 126/1968, sind,

- c) Ausländer, die einen nicht von Z 2 erfaßten Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung haben.“

11. § 5 Abs. 1 und 2 lautet:

„§ 5. (1) Wenn es die epidemiologische Lage in den Herkunftsländern der Ausländer zur Abwendung einer Gefährdung der Volksgesundheit notwendig erscheinen läßt, kann der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst durch Verordnung festlegen, daß durch eine ärztliche Untersuchung festgestellt wird, daß der Ausländer von aktiven oder ausgedehnten inaktiven Formen der Tuberkulose, von ansteckenden Formen der Syphilis und von Anzeichen anderer anzeigepflichtiger Krankheiten frei ist. Dem ärztlichen Zeugnis sind ärztliche Zeugnisse ausländischer Stellen gleichzuhalten, die auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen ausgestellt wurden. Das Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, und das Tuberkulosegesetz, BGBl. Nr. 127/1968, werden nicht berührt.

(2) Der Bundesminister für Arbeit und Soziales kann ferner durch Verordnung festlegen, daß auf Grund einer ergänzenden ärztlichen Untersuchung festzustellen ist, daß der Ausländer nicht an einer solchen Krankheit leidet oder einen körperlichen Zustand aufweist, wodurch er offensichtlich in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt ist, oder eine solche Beeinträchtigung während der Geltungsdauer der Beschäftigungsbewilligung nicht zu erwarten ist. Dies gilt nicht, wenn es sich um Ausländer handelt, bei denen auf Grund der besonderen Art der beruflichen Tätigkeit oder sonstiger Umstände angenommen werden kann, daß sie in ihrer Arbeitsfähigkeit nicht erheblich beeinträchtigt sind.“

12. § 5 Abs. 3 und 4 entfällt; der bisherige Abs. 5 erhält die Bezeichnung „Abs. 3“.

13. Im § 7 Abs. 4 sind nach dem Wort „Beschäftigungsbewilligung“ die Worte „oder die Arbeitserlaubnis“ einzufügen.

14. § 7 Abs. 5 lautet:

„(5) § 11 des Mutterschutzgesetzes 1979, BGBl. Nr. 221, und § 6 Abs. 3 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes, BGBl. Nr. 651/1989, in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.“

15. § 7 Abs. 7 lautet:

„(7) Wird ein Antrag auf Verlängerung einer Beschäftigungsbewilligung oder auf Ausstellung einer Arbeitserlaubnis oder eines Befreiungsscheines vor Ablauf der Beschäftigungsbewilligung eingebracht, so gilt diese bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag als verlängert.“

16. § 9 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Beschäftigungsbewilligung ist zu widerrufen, wenn der Antragsteller im Antrag auf Erteilung der Beschäftigungsbewilligung über wesentliche Tatsachen wissentlich falsche Angaben gemacht oder solche Tatsachen verschwiegen hat.“

17. § 9 Abs. 2 lit. a lautet:

„a) die Voraussetzungen, unter denen sie erteilt wurde (§ 4 Abs. 1, 3 und 6), sich wesentlich geändert haben oder die im Sinne des § 4 Abs. 3 erklärten Umstände nicht mehr zutreffen,“

18. § 11 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Sicherungsbescheinigung darf nur ausgestellt werden, wenn

1. die Voraussetzungen gemäß § 4 Abs. 1, 2 oder 6 und Abs. 3 Z 1, 4, 6, 8 und 12 gegeben sind und
2. auf Grund der Angaben des Antragstellers angenommen werden kann, daß für den Ausländer eine ortsübliche Unterkunft im Sinne des § 4 Abs. 3 Z 5 zur Verfügung stehen wird.“

19. § 11 Abs. 5 lautet:

„(5) Die Sicherungsbescheinigung kann widerrufen werden, wenn sich die nach § 4 Abs. 1, 2 oder 6 oder Abs. 3 Z 4 zu würdigenden Umstände wesentlich ändern.“

20. § 12 Abs. 3 lautet:

„(3) Auf Kontingente sind unbeschadet des § 18 Abs. 11 anzurechnen

- a) die während der Laufzeit erteilten Beschäftigungsbewilligungen, ausgenommen jene für Lehrlinge,
- b) die während der Laufzeit ausgestellten Sicherungsbescheinigungen, ausgenommen jene für Lehrlinge, und
- c) die während der Laufzeit gemeldeten, auf Grund einer Arbeitserlaubnis eingegangenen Arbeitsverhältnisse.“

21. Nach § 12 wird vor der Überschrift „Höchstzahlen“ folgender § 12 a eingefügt:

„§ 12 a. Die Gesamtzahl der unselbständig beschäftigten und arbeitslosen Ausländer darf den Anteil von 10 vH am österreichischen Arbeitskräftepotential (Gesamtzahl der unselbständig beschäftigten und arbeitslosen Inländer und Ausländer) nicht übersteigen. Diese Gesamtzahl hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales jährlich kundzumachen (Bundeshöchstzahl).“

22. § 13 lautet:

„§ 13. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales kann, wenn es öffentliche oder gesamtwirtschaftliche Interessen, insbesondere im Bereich der Bevölkerungspolitik und der Infrastruktur, oder die



Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erfordern, für das gesamte Bundesgebiet oder für einzelne oder mehrere Bundesländer nach Anhörung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie der betreffenden Länder durch Verordnung Höchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern festsetzen.“

23. Nach § 13 werden folgende §§ 13 a und 13 b eingefügt:

„§ 13 a. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales kann, abgesehen vom Fall des § 13,

1. auf gemeinsamen Vorschlag der Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer,
2. auf Antrag des betreffenden Bundeslandes oder
3. zur Sicherung der Bundeshöchstzahl gemäß § 12 a

das für die einzelnen Bundesländer unter Bedachtnahme auf die örtliche Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes bestimmte Höchstausmaß beschäftigter und arbeitsloser Ausländer durch Verordnung bis spätestens 30. November für das nächstfolgende Jahr festsetzen (Landeshöchstzahlen).

§ 13 b. (1) Festsetzungen nach den §§ 13 und 13 a haben durch Festlegung der sich nach Anrechnung der geltenden Befreiungsscheine und Arbeiterlaubnisse ergebenden Zahl an Beschäftigungsbewilligungen und Sicherungsbescheinigungen zu erfolgen. Bei dieser Festlegung ist auf die Zahl der beschäftigten und arbeitslosen Ausländer eines zwölfmonatigen Vergleichszeitraumes, dessen Ende in das laufende Jahr fällt, Bedacht zu nehmen.

(2) Die sich aus der Festsetzung von Höchstzahlen gemäß den §§ 12 a, 13 und 13 a ergebenden Beschränkungen sind bei der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen für ausländische Künstler (§ 4 a) nicht anzuwenden.“

24. Nach § 14 werden folgende §§ 14 a bis 14 g samt Überschriften eingefügt:

## „ABSCHNITT II a

### Arbeiterlaubnis

#### Voraussetzungen und Geltungsbereich

§ 14 a. (1) Einem Ausländer ist auf Antrag eine Arbeiterlaubnis auszustellen, wenn der Ausländer in den letzten 14 Monaten insgesamt 52 Wochen gemäß diesem Bundesgesetz (§ 2 Abs. 2) beschäftigt war.

(2) Die Arbeiterlaubnis berechtigt den Ausländer zur Aufnahme einer Beschäftigung im Sinne des § 2 Abs. 2 in jenem Bundesland, für welches die Arbeiterlaubnis ausgestellt wurde, es sei denn, der Geltungsbereich ist durch eine Verordnung gemäß § 14 b eingeschränkt.

(3) Die Arbeiterlaubnis ist für den Bereich jenes Bundeslandes auszustellen, in welchem die letzte Beschäftigungsbewilligung erteilt wurde. Der örtliche Geltungsbereich der Arbeiterlaubnis kann bei wechselnden Beschäftigungsorten bei einem Arbeitgeber auf den Bereich mehrerer Bundesländer ausgedehnt werden.

(4) Die Arbeiterlaubnis darf für höchstens zwei Jahre ausgestellt werden. Der Ablauf der Arbeiterlaubnis wird während der Dauer eines Lehrverhältnisses und der gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Verpflichtung zur Weiterverwendung gehemmt. § 7 Abs. 5 gilt entsprechend.

#### Einschränkung des Geltungsbereiches

§ 14 b. (1) Der Bundesminister für Arbeit und Soziales kann nach Anhörung des Ausländerausschusses durch Verordnung festlegen, daß die Arbeiterlaubnis auf bestimmte fachliche Bereiche eingeschränkt werden kann oder bestimmte fachliche Bereiche nicht umfassen darf, wenn die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes oder die Sicherung der gegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen dies erfordern. Die Einschränkung des Geltungsbereiches ist in der Arbeiterlaubnis festzuhalten.

(2) Die Einschränkung des Geltungsbereiches gilt nicht für Arbeitsverhältnisse und Arbeiterlaubnisse, welche bereits vor Inkrafttreten der entsprechenden Verordnung bestanden haben.

#### Voraussetzungen der Beschäftigungsaufnahme mit Arbeiterlaubnis

§ 14 c. Ein Arbeitgeber darf einen Ausländer mit Arbeiterlaubnis

1. nur auf einem Arbeitsplatz seines Betriebes beschäftigen, wobei eine Überlassung an Dritte nicht als Beschäftigung im eigenen Betrieb gilt,
2. nur zu den geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einschließlich der sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften beschäftigen und
3. nicht zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigen, als sie für die Mehrzahl der bezüglich der Leistung und Qualifikation vergleichbaren inländischen Arbeitnehmer des Betriebes gelten.

#### Beschäftigungsmeldung bei Arbeiterlaubnis

§ 14 d. (1) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem örtlich zuständigen Arbeitsamt

1. spätestens drei Tage nach Arbeitsaufnahme den Beginn der Beschäftigung anzuzeigen,
2. die wesentlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Gegenzeichnung des Ausländers mitzuteilen und

3. unverzüglich die Beendigung der Beschäftigung zu melden.

(2) Das Arbeitsamt hat dem Vermittlungsausschuß laufend die Beschäftigungsaufnahme von Ausländern mit Arbeitserlaubnis zur Kenntnis zu bringen. Folgende Datenarten sind in diesem Zusammenhang den Ausschußmitgliedern zu übermitteln:

1. Name, Adresse und Art des Betriebes;
2. Name, Geburtsdatum und berufliche Tätigkeit des Ausländers;
3. das Datum der Beschäftigungsaufnahme.

#### Verlängerung der Arbeitserlaubnis

§ 14 e. (1) Die Arbeitserlaubnis gemäß § 14 a ist zu verlängern, wenn

1. die Anspruchsvoraussetzungen nach § 14 a gegeben sind oder
2. der Ausländer während der letzten zwei Jahre mindestens 18 Monate nach diesem Bundesgesetz beschäftigt war.

(2) § 7 Abs. 7 und 8 gilt entsprechend.

#### Widerruf der Arbeitserlaubnis

§ 14 f. (1) Die Arbeitserlaubnis ist zu widerrufen, wenn

1. der Ausländer im Antrag auf Ausstellung der Arbeitserlaubnis über wesentliche Tatsachen wissentlich falsche Angaben gemacht oder solche Tatsachen verschwiegen hat, oder
2. der Ausländer während der Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis seinen Aufenthalt im Bundesgebiet länger als sechs Monate im Kalenderjahr unterbricht, es sei denn, daß die Voraussetzungen für die Ausstellung einer Arbeitserlaubnis gemäß § 14 a Abs. 1 vorliegen.

(2) § 7 Abs. 8 gilt entsprechend.

(3) Die widerrufenen Arbeitserlaubnis ist dem zuständigen Arbeitsamt unverzüglich zurückzustellen.

#### Untersagung der Beschäftigung

§ 14 g. (1) Dem Arbeitgeber, welcher einen Ausländer auf Grund einer Arbeitserlaubnis beschäftigt, ist die Beschäftigung zu untersagen,

1. wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen einschließlich der sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften nicht eingehalten werden,
2. wenn der Betrieb einem örtlichen oder fachlichen Bereich zuzuordnen ist, für den die Arbeitserlaubnis nicht gilt.

(2) § 7 Abs. 8 gilt entsprechend.

(3) Der Ausländer, dessen Arbeitsverhältnis wegen Untersagung der Beschäftigung gemäß

Abs. 1 endet, hat Anspruch auf Schadenersatz wie auf Grund eines berechtigten vorzeitigen Austritts.“

25. § 15 lautet:

„§ 15. (1) Einem Ausländer ist auf Antrag ein Befreiungsschein auszustellen, wenn

1. der Ausländer während der letzten acht Jahre vom Zeitpunkt der Antragseinbringung zurückgerechnet mindestens fünf Jahre im Bundesgebiet gemäß diesem Bundesgesetz beschäftigt (§ 2 Abs. 2) war, oder
2. der Ausländer mit einem österreichischen Staatsbürger verheiratet ist und seinen Wohnsitz im Bundesgebiet hat, oder
3. der Ausländer das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet hat (jugendlicher Ausländer) und sich wenigstens ein Elternteil mindestens fünf Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat, wenn
  - a) er sich mehr als die halbe Lebenszeit rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat oder
  - b) er seine Schulpflicht zumindest zur Hälfte im Bundesgebiet erfüllt und auch beendet hat, oder
4. der Ausländer das 19. Lebensjahr vollendet hat, die Voraussetzungen der Z 3 bei Vollendung des 19. Lebensjahres erfüllt waren und er sich während der letzten fünf Jahre mindestens zweieinhalb Jahre im Bundesgebiet aufgehalten hat.

(2) Der Lauf der Fristen nach Abs. 1 wird durch Zeiten, während derer der Ausländer in seinem Heimatstaat den Wehrdienst oder den Wehrersatzdienst abgeleistet hat, gehemmt.

(3) Ist ein Elternteil österreichischer Staatsbürger, oder ist ein Elternteil, der in Österreich gelebt hat, verstorben, so entfällt die in Abs. 1 Z 3 normierte Voraussetzung des fünfjährigen Aufenthaltes wenigstens eines Elternteiles.

(4) Das Arbeitsamt kann nach Anhörung des gemäß § 44 a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes eingerichteten Vermittlungsausschusses bei der Anwendung des § 15 Abs. 1 Z 4 eine zweieinhalb Jahre übersteigende Abwesenheit vom Bundesgebiet nachsehen, wenn sie durch Studienaufenthalt oder sonstige wichtige soziale, familiäre oder gesundheitliche Gründe bedingt ist.

(5) Der Befreiungsschein ist jeweils für fünf Jahre auszustellen.

(6) Der Ablauf des Befreiungsscheines wird während der Dauer eines Lehrverhältnisses und der gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Verpflichtung zur Weiterverwendung gehemmt.“

26. § 15 a lautet:

„§ 15 a. (1) Der Befreiungsschein gemäß § 15 Abs. 1 Z 1 ist zu verlängern, wenn der Ausländer während der letzten fünf Jahre mindestens zweiein-

halb Jahre im Bundesgebiet gemäß diesem Bundesgesetz beschäftigt (§ 2 Abs. 2) war. Die Hemmungsgründe gemäß § 15 Abs. 2 sind anzuwenden.

(2) Der Befreiungsschein nach § 15 Abs. 1 Z 2 ist zu verlängern, wenn der Ausländer mindestens fünf Jahre mit einem österreichischen Staatsbürger verheiratet war und seinen Wohnsitz im Bundesgebiet hat.

(3) Der Befreiungsschein nach § 15 Abs. 1 Z 3 und 4 ist zu verlängern, wenn sich der Ausländer abgesehen von Zeiten gemäß § 15 Abs. 2 und 4 während der letzten fünf Jahre mindestens zweieinhalb Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat.

(4) § 7 Abs. 7 und 8 gilt entsprechend.“

27. § 16 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Befreiungsschein ist zu widerrufen, wenn der Ausländer

1. im Antrag auf Ausstellung eines Befreiungsscheines über wesentliche Tatsachen wesentlich falsche Angaben gemacht oder solche Tatsachen verschwiegen hat,
2. die Voraussetzungen nach § 15 Abs. 1 Z 2 nicht mehr erfüllt, es sei denn, daß für den Ausländer bereits § 15 Abs. 1 Z 1, 3 oder 4 oder § 15 a Abs. 2 in Betracht kommt.“

28. Im § 18 Abs. 11 entfallen die Klammerausdrücke „(§ 12)“ und „(§ 13)“.

29. Im § 18 Abs. 13 tritt an die Stelle des Ausdrucks „§ 5 Abs. 3 und 4“ der Ausdruck „§ 5 Abs. 1 und 2“.

30. § 19 Abs. 4 und 5 lautet:

„(4) Der Antrag auf Ausstellung einer Arbeitserlaubnis oder eines Befreiungsscheines ist vom Ausländer bei dem nach seinem Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen bei dem nach seinem gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Arbeitsamt einzubringen.

(5) Der Antrag auf Ausstellung einer Sicherungsbescheinigung ist vor der Einreise des Ausländers, der Antrag auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung vor Aufnahme der Beschäftigung einzubringen. Der Antrag auf Verlängerung einer Beschäftigungsbewilligung, einer Arbeitserlaubnis oder eines Befreiungsscheines ist vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer einzubringen. Läuft die Geltungsdauer einer Arbeitserlaubnis oder eines Befreiungsscheines während eines Auslandsaufenthaltes gemäß § 15 Abs. 2 ab, so ist der Antrag auf Verlängerung spätestens drei Monate nach Ende dieser Zeiten einzubringen.“

31. § 19 Abs. 7 lautet:

„(7) Bei einer Vermittlung durch das Arbeitsamt ist bei Vorliegen der Voraussetzungen von Amts

wegen die Beschäftigungsbewilligung zu erteilen oder die Arbeitserlaubnis oder der Befreiungsschein auszustellen.“

32. Im § 19 Abs. 8 ist nach dem Wort Beschäftigungsbewilligung ein Beistrich zu setzen und die Wendung „einer Arbeitserlaubnis“ einzufügen.

33. § 20 Abs. 1 und 2 lautet:

„§ 20. (1) Über die Anträge nach diesem Bundesgesetz, über den Widerruf der Sicherungsbescheinigung, der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeitserlaubnis und des Befreiungsscheines sowie über die Untersagung der Beschäftigung hat, soweit nicht anderes bestimmt ist, das nach § 19 Abs. 1, 3 und 4 zuständige Arbeitsamt zu entscheiden. Nach Überschreitung festgelegter Landeshöchstzahlen (§§ 13 und 13 a) hat über die Anträge auf Sicherungsbescheinigung und auf Beschäftigungsbewilligung das zuständige Landesarbeitsamt zu entscheiden.

(2) Soweit in diesem Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, sind vor der Entscheidung über die Ausstellung einer Sicherungsbescheinigung, über die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung, sofern nicht eine Sicherungsbescheinigung ausgestellt wurde, über den Widerruf einer Beschäftigungsbewilligung, über den Widerruf eines Befreiungsscheines und über die Untersagung der Beschäftigung die zuständigen kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, bei Kontingentüberziehung der Vermittlungsausschuß und bei Überschreitung festgelegter Landeshöchstzahlen der Verwaltungsausschuß anzuhören. Eine allfällige Äußerung im Rahmen der Anhörung ist binnen einer Woche abzugeben. Die zuständigen kollektivvertragsfähigen Körperschaften, der Vermittlungsausschuß und der Verwaltungsausschuß können festlegen, daß die Ausstellung von Sicherungsbescheinigungen und die Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen insbesondere bei Vorliegen einer bestimmten Arbeitsmarktlage oder bestimmter persönlicher Umstände der Ausländer als befürwortet gilt. Eine derartige Festlegung kann von der zuständigen kollektivvertragsfähigen Körperschaft der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder von einem Mitglied des Vermittlungsausschusses oder des Verwaltungsausschusses angeregt werden.“

34. § 20 Abs. 4 und 5 lautet:

„(4) Gegen erstinstanzliche Bescheide des Landesarbeitsamtes ist eine Berufung an den Bundesminister für Arbeit und Soziales zulässig.

(5) Die Berufung gegen den Widerruf der Sicherungsbescheinigung, der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeitserlaubnis oder des Befreiungsscheines hat keine aufschiebende Wirkung. Der Berufung gegen den Widerruf der Beschäftigungs-

bewilligung, der Arbeitserlaubnis oder des Befreiungsscheines kann aufschiebende Wirkung zuerkannt werden.“

35. Nach § 20 werden folgende §§ 20 a und 20 b samt Überschriften eingefügt:

#### **„Verfahrensdauer**

§ 20 a. (1) Über Anträge auf Beschäftigungsbewilligung und Sicherungsbescheinigung ist vom Arbeitsamt binnen vier Wochen und vom Landesarbeitsamt binnen acht Wochen zu entscheiden.

(2) Im Berufungsverfahren sind dieselben Fristen einzuhalten wie im erstinstanzlichen Verfahren.

#### **Vorläufige Berechtigung zur Beschäftigungsaufnahme**

§ 20 b. (1) Wird dem Antragsteller die Entscheidung über den Antrag auf Beschäftigungsbewilligung nicht innerhalb der im § 20 a genannten Fristen zugestellt, kann der Arbeitgeber den Ausländer beschäftigen und hat Anspruch auf eine diesbezügliche Bescheinigung, es sei denn, daß diese Frist durch eine Mitteilung des Arbeitsamtes an den Arbeitgeber wegen einer durch diesen verursachten Verzögerung gehemmt wird. Diese Berechtigung zur Beschäftigungsaufnahme endet mit der Zustellung der Entscheidung, frühestens jedoch vier Wochen nach diesem Zeitpunkt.

(2) Das zuständige Arbeitsamt oder Landesarbeitsamt hat dem Arbeitgeber zu bescheinigen, daß die Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme nach Abs. 1 gegeben sind.

(3) Der Ausländer, dessen Arbeitsverhältnis wegen Ablehnung des Antrages auf Beschäftigungsbewilligung endet, hat Anspruch auf Schadenersatz wie auf Grund eines berechtigten vorzeitigen Austritts, sofern die Ablehnung aus Gründen erfolgte, die auf einem Verschulden des Arbeitgebers beruhen.“

36. § 21 zweiter Satz lautet:

„In allen anderen Verfahren hat der Ausländer die Stellung eines Beteiligten.“

37. Im § 25 wird nach dem Wort „Beschäftigungsbewilligung“ ein Beistrich gesetzt und der Ausdruck „die Arbeitserlaubnis“ eingefügt.

38. Die Überschrift des § 26 lautet:

#### **„Überwachung, Auskunfts- und Meldepflicht“.**

39. Im § 26 Abs. 1 tritt im ersten Satz an die Stelle der Wendung „den Arbeitsinspektoraten und den sonst zur Wahrnehmung des Arbeitnehmerschutzes berufenen Behörden“ die Wendung „den Trägern

der Krankenversicherung“ und im zweiten Satz wird nach dem Wort „Behörden“ die Wendung „und den Trägern der Krankenversicherung“ eingefügt.

40. § 26 Abs. 2 lautet:

„(2) Die im Abs. 1 genannten Behörden und die Träger der Krankenversicherung sind zur Durchführung ihrer Aufgaben berechtigt, die Betriebsstätten, Betriebsräume und auswärtigen Arbeitsstellen, die Aufenthaltsräume der Arbeitnehmer sowie bei begründetem Verdacht nicht ortsbüchlicher Unterbringung auch die vom Arbeitgeber den Arbeitnehmern beigestellten Wohnräume und Unterkünfte zu betreten.“

41. Dem § 26 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Die im Abs. 1 genannten Behörden und die Träger der Krankenversicherung haben bei Betreten des Betriebes den Arbeitgeber, in jenen Fällen, in denen der Arbeitgeber Arbeitsleistungen bei einem Auftraggeber erbringen läßt, auch diesen, oder deren Bevollmächtigte und den Betriebsrat von ihrer Anwesenheit zu verständigen; hiedurch darf der Beginn der Betriebskontrolle nicht unnötig verzögert werden. Vor Beginn der Betriebskontrolle ist in Betrieben, die der Aufsicht der Bergbehörden unterliegen, jedenfalls der Bergbauberechtigte oder ein von ihm namhaft gemachter Vertreter zu verständigen. Auf Verlangen haben sich die einschreitenden Organe durch einen Dienstausweis auszuweisen. Dem Arbeitgeber, dessen Auftraggeber oder deren Bevollmächtigten sowie dem Betriebsrat steht es frei, die einschreitenden Organe bei der Amtshandlung im Betrieb zu begleiten; auf Verlangen der einschreitenden Organe sind der Arbeitgeber, dessen Auftraggeber oder deren Bevollmächtigte hiezu verpflichtet. Die Betriebskontrolle hat tunlichst ohne Störung des Betriebsablaufes zu erfolgen.

(4) Der Arbeitgeber, dessen Auftraggeber oder deren Bevollmächtigter ist verpflichtet, über die Identität von Personen, die sich an einem im Abs. 2 genannten Ort oder in einem dem Arbeitgeber zurechenbaren Fahrzeug aufhalten, Auskunft zu geben, wenn Grund zur Annahme besteht, daß es sich bei den in Frage kommenden Personen offensichtlich um ausländische Arbeitskräfte handelt, die beschäftigt werden oder zu Arbeitsleistungen herangezogen werden sollen. Die einschreitenden Organe der in Abs. 1 genannten Behörden und die Träger der Krankenversicherung sind berechtigt, die Identität dieser Personen zu überprüfen.“

42. Der bisherige Text des § 27 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Im nunmehrigen Abs. 1 wird nach dem Wort „Ämter“ die Wendung „die Arbeitsinspektorate und die sonst zur Wahrnehmung des Arbeitnehmerschutzes berufenen Behörden,“ eingefügt und die Bezeichnung „Bauarbeiter-

Urlaubskasse“ durch die Bezeichnung „Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse“ ersetzt. Folgende Absätze 2 und 3 werden angefügt:

„(2) Die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter sind verpflichtet, die Träger der Krankenversicherung zu verständigen, wenn der begründete Verdacht besteht, daß ein Verstoß gegen eine sozialversicherungsrechtliche Meldepflicht vorliegt.

(3) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben den nach diesem Bundesgesetz zuständigen Behörden und Organen über deren Ersuchen zur Sicherung der Ausübung der Überwachungsbefugnisse im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten.“

43. § 28 Abs. 1 lautet:

„(1) Sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde zu bestrafen,

1. wer

- a) entgegen dem § 3 einen Ausländer beschäftigt, für den weder eine Beschäftigungsbewilligung (§ 4) erteilt noch eine Arbeitserlaubnis (§ 14 a) oder ein Befreiungsschein (§ 15) ausgestellt wurde, oder
- b) entgegen dem § 18 die Arbeitsleistungen eines Ausländers, der von einem ausländischen Arbeitgeber ohne einen im Bundesgebiet vorhandenen Betriebssitz im Inland beschäftigt wird, in Anspruch nimmt, ohne daß für den Ausländer eine Beschäftigungsbewilligung (§ 18 Abs. 1, 4 und 7) erteilt wurde, oder
- c) entgegen der Untersagung der Beschäftigung eines Inhabers einer Arbeitserlaubnis (§ 14 g) diesen beschäftigt,

bei unberechtigter Beschäftigung von höchstens drei Ausländern für jeden unberechtigt beschäftigten Ausländer mit Geldstrafe von 5 000 S bis zu 60 000 S, im Falle der erstmaligen und weiteren Wiederholung von 10 000 S bis zu 120 000 S, bei unberechtigter Beschäftigung von mehr als drei Ausländern für jeden unberechtigt beschäftigten Ausländer mit Geldstrafe von 10 000 S bis zu 120 000 S, im Falle der erstmaligen und weiteren Wiederholung von 20 000 S bis zu 240 000 S;

2. wer

- a) entgegen dem § 3 Abs. 3, 4 und 5 einen Ausländer beschäftigt, ohne die Beschäftigung dem zuständigen Arbeitsamt rechtzeitig anzuzeigen,
- b) entgegen dem § 18 Abs. 3, 5 und 6 die Arbeitsleistungen eines Ausländers, der von einem ausländischen Arbeitgeber ohne einen im Bundesgebiet vorhandenen Betriebssitz im Inland beschäftigt wird, in

Anspruch nimmt, ohne die Beschäftigung dem zuständigen Arbeitsamt rechtzeitig anzuzeigen,

- c) entgegen dem § 26 Abs. 1 den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern sowie den Trägern der Krankenversicherung auf deren Verlangen Anzahl und Namen der im Betrieb beschäftigten Ausländer nicht bekannt gibt, die zur Durchführung dieses Bundesgesetzes notwendigen Auskünfte nicht erteilt oder in die erforderlichen Unterlagen nicht Einsicht gewährt,
  - d) entgegen dem § 26 Abs. 2 den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern sowie den Trägern der Krankenversicherung den Zutritt zu den Betriebsstätten, Betriebsräumen, auswärtigen Arbeitsstellen, Aufenthaltsräumen der Arbeitnehmer, den vom Arbeitgeber den Arbeitnehmern beigestellten Wohnräumen oder Unterkünften nicht gewährt,
  - e) entgegen dem § 26 Abs. 3 die Durchführung der Amtshandlung beeinträchtigt, oder
  - f) entgegen dem § 26 Abs. 4 den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern sowie den Trägern der Krankenversicherung die Nachweisung oder die Überprüfung der Identität einer Person, die sich an einem im § 26 Abs. 2 genannten Ort oder in einem dem Arbeitgeber zurechenbaren Fahrzeug aufgehalten hat, verweigert,
- mit Geldstrafe von 2 000 S bis zu 30 000 S;
3. wer die im § 14 d Abs. 1 vorgesehenen Meldungen nicht erstattet mit einer Geldstrafe von 5 000 S bis 30 000 S;
4. wer
- a) entgegen dem § 3 Abs. 6 einen Ausländer beschäftigt, ohne den Bescheid über die für seine Beschäftigung erteilte Beschäftigungsbewilligung zur Einsichtnahme bereitzuhalten, oder
  - b) entgegen dem § 14 f Abs. 3 eine Arbeitserlaubnis oder entgegen dem § 16 Abs. 3 einen Befreiungsschein (§ 15) nicht zurückstellt,
- mit Geldstrafe bis zu 10 000 S.“

44. Dem § 28 wird folgender Abs. 4 angefügt:

(4) Abs. 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Zuwiderhandlung vom Organ einer Gebietskörperschaft begangen worden ist. Besteht bei einer Bezirksverwaltungsbehörde der Verdacht einer Zuwiderhandlung durch ein solches Organ, so hat sie, wenn es sich um ein Organ des Bundes oder eines Landes handelt, eine Anzeige an das oberste Organ, dem das der Zuwiderhandlung verdächtige Organ untersteht (Art. 20 Abs. 1 erster Satz B-VG), zu erstatten, in allen anderen Fällen aber an die Aufsichtsbehörde.“

45. Nach § 28 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes wird folgender § 28 a samt Überschrift eingefügt:

**„Beteiligung der Landesarbeitsämter am Verwaltungsstrafverfahren**

§ 28 a. Das Landesarbeitsamt hat im Verwaltungsstrafverfahren Parteistellung und ist berechtigt, gegen Bescheide, die in letzter Instanz ergangen sind, wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.“

46. § 30 zweiter Satz lautet:

„In diesem Verfahren hat das Landesarbeitsamt Parteistellung und ist berechtigt, gegen Bescheide, die in letzter Instanz ergangen sind, wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.“

47. Nach § 30 wird folgender § 30 a samt Überschrift eingefügt:

**„Einleitung des Verfahrens zur Entziehung der Gewerbeberechtigung**

§ 30 a. Das Landesarbeitsamt kann die Entziehung der Gewerbeberechtigung wegen wiederholter unerlaubter Beschäftigung von Ausländern beantragen.“

48. Im Abschnitt VIII wird vor der Überschrift „Schlußbestimmungen“ folgender § 32 samt Überschrift eingefügt:

**„Übergangsbestimmungen**

§ 32. (1) Für Ausländer, die

1. seit dem 1. April 1990 nach dem Meldegesetz 1972, BGBl. Nr. 30/1973, ununterbrochen in Österreich gemeldet sind und keinem Aufenthaltsverbot unterliegen und
2. für die bis 31. Oktober 1990 ein Antrag auf Beschäftigungsbewilligung eingebracht wird, ist eine Beschäftigungsbewilligung ohne Prüfung der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu erteilen. Bei der Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung ist insbesondere auf die Kriterien des § 8 Abs. 1 und 2 Bedacht zu nehmen.

(2) Anträge auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung gemäß Abs. 1 oder auf Ausstellung eines Befreiungsscheines oder einer Arbeitserlaubnis, die in der Zeit zwischen der Verlautbarung im Bundesgesetzblatt und dem Inkrafttreten der jeweils maßgeblichen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gestellt werden, gelten als im Zeitpunkt des Inkrafttretens eingebracht.

(3) Auf Kontingente, die durch eine Verordnung festgesetzt wurden, die in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1990 in Kraft getreten ist und am 1. Oktober 1990 noch gilt, sind bis zum Ablauf der

Geltungsdauer der Verordnung die Befreiungsscheine, ausgenommen jene für Lehrlinge, nach dem zuletzt festgestellten Arbeitsplatz (§ 6 Abs. 1) des Befreiungsscheininhabers anzurechnen.“

49. § 34 lautet:

„§ 34. (1) § 32 Abs. 1 tritt mit 1. August 1990, die übrigen Bestimmungen treten mit 1. Oktober 1990 in Kraft.

(2) Verordnungen und Bescheide auf Grund dieses Bundesgesetzes können bereits von dem seiner Kundmachung folgenden Tag an erlassen werden; sie dürfen jedoch erst mit dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt in Kraft treten.

(3) § 12 a tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1992 außer Kraft.

50. § 35 lautet:

„§ 35. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

1. hinsichtlich des § 1 Abs. 2 lit. g der Bundeskanzler;
2. hinsichtlich des § 5 Abs. 1, des § 14 Abs. 1, soweit es lit. c betrifft, des § 18 Abs. 13, soweit es § 5 Abs. 1 betrifft, und des § 24 Abs. 1 der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler;
3. hinsichtlich des § 13 der Bundesminister für Arbeit und Soziales nach Anhörung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten;
4. hinsichtlich des § 27 Abs. 1, soweit das Verkehrs-Arbeitsinspektorat betroffen ist, der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr;
5. hinsichtlich des § 27 Abs. 1, soweit die Bergbehörden betroffen sind, der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten;
6. hinsichtlich des § 27 Abs. 3 der Bundesminister für Inneres;
7. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Arbeit und Soziales.“

**Artikel II**

Das Mutterschutzgesetz 1979, BGBl. Nr. 221, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. XXX/1990, wird wie folgt geändert:

§ 11 lautet:

„§ 11. Der Ablauf der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeitserlaubnis oder des Befreiungsscheines (§§ 4, 14 a und 15 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, BGBl. Nr. 218/1975, in der jeweils geltenden Fassung) einer Ausländerin wird im Falle der Schwangerschaft und der Entbindung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, in dem ihr Dienstverhältnis nach § 10 Abs. 1 und den dafür sonst geltenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen rechtsgültig beendet werden kann.“

**Artikel III**

Das Eltern-Karenzurlaubsgesetz, BGBl. Nr. 651/1989, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. XXX/1990, wird wie folgt geändert.

§ 6 Abs. 3 lautet:

„(3) Der Ablauf der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeitserlaubnis oder des Befreiungsscheines (§§ 4, 14 a und 15 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, BGBl. Nr. 218/1975, in der jeweils geltenden Fassung) eines Ausländers wird bis zu dem Tag gehemmt, zu dem das Arbeitsverhältnis unter Bedachtnahme auf den Kündigungs- und Entlassungsschutz rechtsgültig beendet werden kann.“

**Artikel IV**

Das Landarbeitsgesetz 1984, BGBl. Nr. 287, zuletzt geändert durch das Karenzurlaubserweiterungsgesetz, BGBl. Nr. XXX/1990, wird geändert wie folgt:

1. (unmittelbar anwendbares Bundesrecht) § 26 e Abs. 4 lautet:

„(4) (unmittelbar anwendbares Bundesrecht) Der Ablauf der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeits-

erlaubnis oder des Befreiungsscheines (§§ 4, 14 a und 15 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, BGBl. Nr. 218/1975, in der jeweils geltenden Fassung) eines Ausländers wird bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, in dem das Dienstverhältnis unter Bedachtnahme auf den Kündigungs- und Entlassungsschutz rechtsgültig beendet werden kann.“

2. (unmittelbar anwendbares Bundesrecht) § 108 lautet:

„§ 108. (unmittelbar anwendbares Bundesrecht) Der Ablauf der Beschäftigungsbewilligung, der Arbeitserlaubnis oder des Befreiungsscheines (§§ 4, 14 a und 15 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, BGBl. Nr. 218/1975, in der jeweils geltenden Fassung) einer Ausländerin wird im Falle der Schwangerschaft und der Entbindung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, in dem ihr Dienstverhältnis nach § 102 Abs. 1 und den dafür sonst geltenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen rechtsgültig beendet werden kann.“

**Artikel V****Inkrafttreten**

Art. I Z 48 tritt mit 1. August 1990, die übrigen Bestimmungen treten mit 1. Oktober 1990 in Kraft.